

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 17. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Wachsender Widerstand Italiens.

In Italien wächst die Unzufriedenheit mit den Pariser Verhandlungen immer stärker.

Nach dem 'Corriere della Sera' verzögert der französische Friede kein Besiegten jede Möglichkeit, wieder festen Fuß zu fassen.

Frankreich hofft auf Unterzeichnung.

Kellnerklatsch in Versailles.

Verailles, 16. Mai. (WAB) Die Pariser Presse, einschließlich der sogenannten ernstlichen Blätter, bringt seit einigen Tagen fortwährend Meldungen über Vorgänge innerhalb der deutschen Delegation oder Äußerungen von Mitgliedern derselben.

Diese in den Pariser Blättern in allen möglichen Formen immer wiederkehrende Behauptung, Deutschland werde schließlich den unmöglichen Vertrag unterzeichnen, mag vielleicht für das Verfassungsbedürfnis des französischen Publikums notwendig sein.

Paris, 16. Mai. (Eigenes Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Die Pariser Blätter beschäftigen sich eingehend mit der Rede Scheidemanns und der Berliner Nationalversammlung.

Scheidemann die Schlussfolgerungen, die der Chefredakteur des 'Vorwärts' und der frühere Gesandte in London, Fürst Lichnowsky, in ihren Artikeln gezogen hätten.

Verailles, 16. Mai. Es wird täglich klarer, daß die französische Presse mit allem Nachdruck auf den Sturz der Regierung Albert-Scheidemann hinwirkt.

'Liberté', welche sich fragt, wer wohl die Nachfolge Albert-Scheidemann übernehmen könnte, meint, daß sich in Deutschland schwerlich jemand bereithalten werde, der die Verantwortung übernehmen würde, den Vertrag zu unterschreiben.

Mit aller Deutlichkeit läßt obersiehende Notiz die Gewissenlosigkeit der Politik der Unabhängigen erkennen. Man sieht, daß das von der U. S. P. so oft geforderte rückhaltlose Bekenntnis unserer Schuld durchaus nicht die erwartete Wirkung bei unseren Gegnern hat.

Wie der 'Nieuwe Rotterdamse Courant' aus London meldet, berichtet 'Daily News' aus Paris: Die Rolle Manhaus über das Arbeitergesetz habe eine interessante Folge gehabt.

Es bleibt bei der Zweiwochenfrist. Versailles, 16. Mai. (WAB) New York Herald, Pariser Ausgabe, will wissen, die deutsche Delegation werde eine Verlängerung der 14tägigen Frist zur Prüfung des Vertragsentwurfes verlangen.

Frankreich im Dunkeln.

Paris, 16. Mai. (Gavas.) Die deutsche Presse begann mit der Veröffentlichung von Auszügen aus dem Gesamtvertrag. Im Hinblick auf diese Lage beschloß die französische Regierung, der Presse den genauen und vollständigen Text der durch die deutsche Presse bekanntgegebenen Artikel zu übergeben.

Unabhängige gegen Unterzeichnung.

Ein Protest aus Oberschlesien.

Opatowitz, 16. Mai. (Eig. Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Das Verhalten der Parteileitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei findet in Oberschlesien schärfsten Widerspruch.

Versteht Ihr es jetzt?

Ein Brief an die französischen Sozialisten.

Von Victor Schiff.

Verailles, 14. Mai 1919.

Wenn ein deutscher Sozialdemokrat sich von Versailles aus an die französischen Genossen in Paris im siebenten Monat des Waffenstillstandes und in der zweiten Woche der Friedenspräliminarien wenden will, dann ist er noch immer auf den kleinen Umweg über Berlin angewiesen.

Eine Woche ist nun seit jenem Mittwoch vergangen, an dem das Ergebnis einer monatelangen sehr geheimen Diplomatie den Völkern allergnädigst mitgeteilt wurde.

Das hatte ich von Euch allen erwartet, ganz gleich, ob Ihr uns für am Krieg schuldig haltet oder nicht, ganz gleich, ob Ihr uns als Verräter an der Internationale betrachtet oder nicht, ganz gleich, ob die Lage des französischen Volkes, trotz des Sieges, düster ist oder hoffnungsvoll.

Freilich, von einem Clemenceau hatten wir kaum etwas anderes als diesen Frieden erwarten können. Wir wußten durch Euch alle, was wir von diesem Greis zu halten hatten.

Compté-Morel, Arthur-Rozier, Robert), in der „Politique“ (Alexandre Barenne), in der „Heure“ (Paul Aubriot) — ich habe also bisher nur Abgeordnete eurer sozialistischen Kammerfraktion genannt — zum Teil auch im „Gewerkschaftsorgan“ „Votante“ und im „Journal du Peuple“ (Henri Fabre) beifällig besprochen!

Daneben aber führt das Blatt Longuet's und Vorbuffes, „Le Populaire“, einen unerfahrenen Kampf gegen dieses Dokument der Schande und auch die „Humanité“ schenkt vor kräftigen Ausdrücken nicht zurück. Aber welche Wirkung kann man von einer Bewegung erhoffen, die nicht einmal von der Gesamtheit der Partei getragen ist? Freitag überschrieb der „Populaire“ seinen Artikel: „Ein Frieden der Unterdrückung und der Ungerechtigkeit“. Sonntag schrieb die „Votante“ unter der Überschrift: „Ein gerechter Friede?“. Wir teilen nicht die Ansicht derjenigen, die in diesem Frieden einen Frieden der Unterdrückung und der Ungerechtigkeit erblicken.“ Sonnabend machte die „Humanité“ auf die furchtbaren Gefahren aufmerksam, die für das deutsche Proletariat aus diesem Frieden erwachsen würden, und am selben Tage verhöhnte ein Rozier in der „France Libre“ das deutsche Volk und am nächsten Tage bezeichnete ein Robert in demselben Blatte den Frieden als eigentümlich zu milde, als nicht diktatorisch genug!

Das einzige, worin auch eure linksstehenden Blätter mit den rechtsstehenden übereinstimmen, das ist die Verhöhnung und Verdächtigung der mehrheitssozialistischen Regierung. Ihr habt Euch die niederträchtigen Verleumdungen unserer Unabhängigen kritisch zu eigen gemacht. Wir bleiben also die Verräter an der Internationale, die die Kriegskredite für einen Angriffskrieg bewilligten, und heute noch spricht Henri-Fabre im „Journal du Peuple“ vom baldigen Sturz der „Röder Liebknecht's und Rosa Luxemburg's“.

Ja, habt Ihr denn noch immer nicht begriffen, auch jetzt nicht? Seht Ihr nicht, welch traurig-glänzende Rechtsfertigung unseres ganzen Verhaltens während des Krieges dieses sogenannte Friedensdokument bildet? Glaubt Ihr noch immer an die Unschuld der Exzente, die sich nunmehr eines solchen Verbrechens schuldig gemacht hat, wie der Aushandlung eines solchen Vertrages? Wären wir nicht Verbrecher gewesen, wenn wir nicht alles getan hätten, um das deutsche Volk vor diesem Schicksal zu bewahren, das ihm jetzt bevorsteht? Und waren nicht vielmehr diejenigen Verbrecher am deutschen Volk, die ihm einreden wollten, der Krieg ginge das deutsche Volk nicht an, kein Ausgang sei sicherlich für die Hohenzollern von Wichtigkeit, für das deutsche Proletariat aber gänzlich gleichgültig? Die Auslieferung Wilhelms II. ist noch zweifelhaft, aber die Verklammerung des deutschen Volkes, die Arbeitslosigkeit und der mehr oder minder rasche Hungertod ist für Millionen von deutschen Industriearbeitern bei der Annahme dieses Friedensvertrages gewiß. Ach ja! Unsere Unabhängigen fügten hinzu: „Was kümmert uns die Niederlage? Das französische und das englische Proletariat werden uns retten, werden Friedensbedingungen erzwingen, die zwar unsere Kapitalisten treffen, aber unsere Arbeiterklasse nicht berühren werden.“ Nun rettet uns, setzt diese Bedingungen durch, Ihr französischen Sozialisten, wenn Ihr könnt — und wenn Ihr wollt! Aber keiner von Euch kann — nicht wahr, Cadum? nicht wahr, Longuet? — und niemand von Euch will es — nicht wahr, Compté-Morel? nicht wahr, Rozier? nicht wahr, Barenne?

Und darum kammert Ihr Euch heute an die deutschen Unabhängigen, weil Ihr Euch eurer Ohnmacht der Internationale gegenüber schämt oder auch weil Ihr für eure Gleichgültigkeit oder für eure patriotische Schadenfreude einen Vorwand braucht. Ihr beruft Euch auf die Unabhängigen, die für die Unterzeichnung um jeden Preis sein sollen, weil dies für Euch bequemer ist, als uns in un-

serem Verzweiflungskampfe bei einer Nichtunterzeichnung zu unterstützen. Ihr verkröhtet uns auf den Sieg des internationalen Proletariats, der den Frieden von Versailles wieder zereigen werde, aber geht mit keinem Wort auf die Haltung ein, die Ihr bei einer Nichtunterzeichnung einzunehmen gedenkt. Täglich bespricht die bürgerliche Presse die militärischen und Hungermaßnahmen, die uns bei einer Weigerung zur Unterschrift zwingen sollen. Und was sagt Ihr dazu? Ihr schweigt. Ihr stimmt also der Wiederherstellung der Blockade gegen das gesamte deutsche Proletariat stillschweigend zu. Versteht Ihr jetzt, warum wir in Bezug auf eure Hilfe im Falle der Niederlage skeptisch blieben, warum wir lieber alles taten, um diese Niederlage abzuwenden?

Verdet Ihr behaupten, daß wir übertrieben? Doch dieser Vertrag Deutschland nicht erdroffelt? Es scheint fast so, als seid Ihr von der Aufrichtigkeit unseres Entschlusses nicht überzeugt. Täglich verhöhnen die „France Libre“ und andere „sozialistische“ Blätter unser „Gefammter“, behaupten, wir seien noch lange nicht ruiniert, wir spielten nur Komödie. Aber der „Temps“ schrieb am Sonntag, bezüglich Deutsch-Oesterreich, man müsse es milder behandeln, man müsse ihm Kredit gewähren und Lebensmittel, sonst würde man das deutsch-österreichische Volk in den Hungertod treiben und unmöglich aus ihm etwas herausziehen können. Damit war gerade das offen, zynisch zugegeben, was wir immer wieder in die Welt hinausrufen: wie soll das deutsche Volk ernährt werden, wie soll es die Lebensmittel bezahlen, wenn es einen Schadenerlass leisten soll, der sein Volkvermögen der besten Friedensjahre übersteigt? Mit der oberösterreichischen Kohle, mit dem lothringischen Erze, mit dem schlesischen Kalk, die es verliert, oder mit den Produkten aus seinen Kolonien, die ihm geraubt werden? Oder mit seinem Gold, das beschlagnahmt wird?

Nein; der kalte, planmäßige Vernichtungswille des Abzugsjahrs, der Euch seit acht Monaten beherrscht, ist es, der sich hier kundgibt. Er will sich am deutschen Volk rächen, er will es dem Hungertod preisgeben, und mit ihm sind es französische, englische, amerikanische Kapitalisten, die die Kriegskonjunktur lange über den Frieden hinaus am Marke des deutschen Volkes ausnützen wollen.

Und was sagt Ihr dazu? Nahe . . . Internationales Proletariat . . . Unterzeichnet . . . West-Litons? . . . Kautsky . . . Unterzeichnet . . . Unterzeichnet . . .

Versteht Ihr uns jetzt, uns „Scheidemänner“, die wir uns weigerten, das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse den französischen Sozialisten anzuvertrauen? Oder wollt Ihr nicht verstehen?

## Die Unruhen in Stettin.

Stettin, 16. Mai. (Wiener Volksbericht des „Vorwärts“). Bereits am 14. Mai hatten sich hier Unruhen am Volkswert bemerkbar gemacht, indem ein Teil des Publikums den Fischhändlern die Hände zu rauben versuchte. Doch gelang es einem Aufgebot von Truppen, die Plünderer wieder vom Volkswert zu vertreiben. Bei den Zusammenstößen gelang es den Plünderern, einige Waffen zu erbeuten, ein Maschinengewehr wurde von ihnen in die Obergeworfen. Bei dieser Gelegenheit sind schon einige Leute verwundet worden. Gestern kamen nun die Plünderer mit verstärktem Aufgebot wieder, besetzten auf dem gegenüberliegenden Ufer die Kastelle, die Spielerei und die Fischhandelshäuser. Da die Polizei sich bei den Zusammenstößen mehrfach Uebergriffe zuschulden kommen ließ, zog man vor das Polizeipräsidium und forderte die Entwaffnung der Polizisten und die Bewaffnung der organisierten Arbeiter zur Aufrechterhaltung der Sicherheit. Daraufhin wurden Truppen aufgeboden und die Oberbrücken beschossen, so daß keiner zurückkam. Aber auch den Truppen gelang es noch nicht, die Ordnung wieder herzustellen. Im Einverständnis des

Arbeiterrats wurden nunmehr von dem Unabhängigen Heide Wassen an die organisierten Arbeiter abgegeben auf Grund ihrer Mitgliedschaft einer der drei sozialistischen Parteien, um so die Zugelung auswärtiger Truppen entbehrlich zu machen und bis zur Bildung einer Einwohnerwehr den öffentlichen Schutz zu übernehmen. Aber auch die bewaffneten Arbeiter konnten gegen die Karl bewaffneten Plünderer, die sich in der Uebermacht befanden, nichts auszurichten, wie auch schon vorher Polizei und Truppen versagt hatten. Der Mob stürmte das Gefängnis, befreite Gefangene, verbrannte Asten und plünderete in den Straßen der Stadt, unter fortwährendem Schießen, bei denen auch mehrere Personen verwundet wurden. Die Unruhen dauerten bis heute morgen. Es wurden die Schaufenster der größeren Geschäfte zerstört, u. a. alle Schaufenster der Warenhäuser Parfidei und Rager vollständig demoliert. Auch in dem Stadtteil Grabow sind eine Anzahl Geschäfte von bewaffneten Matrosen und Zivilisten geplündert worden. Während der Unruhen tagte die Stadtvorordnetenversammlung. Diese wurde aber um 11/2 Uhr abends abgebrochen. Drei Vertreter der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen wurden auf das Polizeipräsidium gerufen und auch zwei Vertreter der Kommunisten hinzugezogen. Unabhängige und Mehrheitssozialisten hatten sich für die Zugelung von auswärtigen Truppen ausgesprochen, während die Kommunisten dieses ablehnten. Es wurden daraufhin überall Plakate angebracht, in denen vom Magistrat und Arbeiterrat zum Eintritt der Arbeiter in die Einwohnerwehr aufgefordert wird. Auch sämtliche Behörden haben um Zugelung auswärtiger Truppen gebeten. Der Arbeiterrat beantragte, daß bei dem etwa vorzunehmenden militärischen Operationen Vertreter des Arbeiterrats hinzugezogen werden sollen und nach Wiederherstellung der Ordnung die Truppen sofort die Stadt zu verlassen haben. Von den drei Oberbrücken sind zwei noch hochgezogen, die dritte darf nur gegen Ausweis passiert werden. Das Volkshaus ist geschlossen. Die verbannt, sollen bis jetzt zwei Tote und mehrere Verwundete den Unruhen zum Opfer gefallen sein. —

## Nach dem Liebknecht-Luxemburg-Prozess.

Der Bezirksvorstand S. P. D. hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig folgenden Antrag angenommen:

„Das Urteil im Liebknecht-Luxemburg-Prozess kann das Rechtsempfinden weiter Volkswerte nicht befriedigen. Wenngleich anerkannt wird, daß das Kriegsgericht sich bemüht hat, die Verhandlungen objektiv zu führen und die Wahrheit zu ermitteln, muß doch die Zugedrigkeit der Angeklagten und Richter zu derselben militärischen Formation Widertrauen gegen die subjektive Unbefangenheit der Richter hervorgerufen. Der Bezirksvorstand fordert daher die Regierung auf, dafür zu sorgen, daß das Urteil des Kriegsgerichts nicht bestätigt wird und schließlich eine Veränderung der bestehenden Gesetze dahin herbeizuführen, daß die Wiederholung des Prozesses vor dem zuständigen bürgerlichen Gericht stattfindet.“

Ein „Revolutionsgericht“ wird in verschiedenen Prozeduren gefordert. Bisher ist niemals eine nähere Erläuterung dieses Begriffs, wenn er überhaupt einer ist, gegeben worden. Die blutigen Schandurteile der Vudapest Kommuniten-gerichte sollten zu denken geben. Kein Laiengericht in einem geordneten Staate ist bisher ohne Verhandlungsführer und Rechtsprechung durch geschulte und rechtsprechungsfähige Männer ausgenommen. Der unbilligsten gegen jede fremde Meinung ist und sich nicht bemüht, sich auch in die Gefühle anderer hineinzuversetzen, der wird nie ein gerechter Richter sein. Diejenigen, die etwa nach dem Blut der Angeklagten im Liebknechtprozess lechzen, seien von einem, der viele Jahre lang Karl Liebknecht neben zum preussischen Justizrat gehört und oft genug mit ihm darüber gesprochen hat, daran erinnert, daß gerade Karl Liebknecht der schärfste Gegner der Vergeltungstheorie war. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die empfindende Robeit eines Ruzer, Vogel oder Petri irgendwie entschuldigt werden soll. —

## Das Karussell.

Von Ernst Prezzang.

Ich kannte eines, das wurde von einem alten, lahmen Schimmel gezogen. Kein Jahre lang lief der Gaul damals bereits im Kreise herum, wenn er nicht mit hängendem Kopf an der Struppe stand, froh oder vor sich hin döst. „Es ist 'n gutes Vieh,“ sagte der Besitzer, „aber bei der seine Rude.“ Der Schimmel lief nämlich nur mit Dangelbegleitung. Wenn das Karussell seinen Standort veränderte und der Gaul an die Deichsel gespannt wurde, mußte, um ihn in Marsch zu bringen, auch der Leiterkasten in Bewegung gesetzt werden. Und nur die Peitsche hielt den Schimmel davon ab, sich mit dem Wagen in der Runde zu drehen. Es war ein mühseliger Gaul — ganz im Gegensatz zur Drehregel selbst, die ausweisen wie ein Pferd wickerte, wie ein Dahn krähte oder wie ein Pumpenschwengel leuzte. Ihre mannigfaltigen Töne klangen wenig miteinander und nicht mit der Peitsche zu tun. Sie stand zweifellos noch länger im Dienste als der Schimmel, dem einige Jahre fehlten. Auf ihren Wolgen waren ganze Reiden ausgebrochen, und wenn zum Beispiel das schöne Lied „Freut euch des Lebens“ andeutungsweise erklangen, dann glühte wohl das Kämpchen noch, aber die Rollen blühten in der Stille. Dieser Mangel kränkte den Schimmel. Er fiel aus seinem Trab in einem langsamen Schritt, blieb auch wohl einen Augenblick ganz stehen und ging erst wieder in beständige Bewegung über, wenn die Walze ihre jahnlöse Periode überwandten hatte. Reulinge, die auf dem Löwen oder Tiger saßen und infolge dessen von arduerer Energie besetzt waren, verlangten schimpfend für ihren Sechser ein lebhafteres Tempo. Aber der Mann am Leiterkasten winkte nur beruhigend mit der breiten Zunge: „Bei verpußt sich 'n beten. Desio dörter geht' näher.“

Man kann sich die Ursache seiner Erinnerungen nicht immer gleich erklären. Diese ist beläufig drei Jahrzehnte alt. Sie stieg mir auf, als ich las, Herr Dr. Streleemann habe in einer Versammlung des deutschnationalen Jugendbundes der Jugend u. a. dies gesagt:

Ihr seid dazu berufen, dem deutschen Vaterlande die Freiheit wieder zu schaffen. Wenn der Frieden zustande kommt, dann muß jeder deutsche Jüngling und jedes deutsche Mädchen den Haß lernen, den u n v e r z i h l i c h e n Haß, bis die Schmach, in der jetzt Deutschland verfaßt, gelöscht ist.“

Ja, als ich dies las, fiel mir der alte lahme Schimmel und das Karussell ein.

Vor einem halben Jahrhundert flöteten die Franzmänner jene Melodie, die uns seitdem oft genug höflich in den Ohren klang. Man ritt Löwen und Tiger, und es ging trotz aller Versuche der deutschen und französischen Sozialisten, aus dem Haß ins Freie zu kommen, immer wieder munter im Kreise herum. Wenn der alte, lahme Schimmel der offiziellen Politik einmal in ruhigere Gänge getret, empörte sich das berechtigte Publikum und Stimpfte. Und die Orgel wieder: Erbfeind! Erbfeind! Und sie krähte: Rebange! Rebange! Und leuzte dumpf: Haß! Haß!

Der Schimmel trabte weiter. Er hatte sich nur ein wenig verpußt, und es ging nachher desto toller.

Nun ist die Rebange da — eine harte Last. Das Karussell

steht. Inseinerer denkt: höchste Zeit, es abzubrechen. Denkt: Unheil genug, übergenug. Sieht die Toten, Krämpel, die Witwen, Waisen, die Ruinen und gigantischen Schuttbauten — und füllt die tiefe, unsädhliche Notwendigkeit: nur nicht wieder den alten Schimmel in Trab setzen! Nur nicht wieder kämpfen, toben und brüllen! Doch neue Wege suchen von Verunft zu Verunft, von Volk zu Volk, Reinen Willen zeigen und die Atmosphäre entgiften. Aber nur nicht wieder die Jugend, die Jugend ver giften!

Und während aller Augen nach einem Ausweg spähen, siehe: da steht schon wieder einer an der Walze und muddelt drauf los: „Haß! Haß! Unverzähllicher Haß!“

Und man schwingt sich schon wieder auf die hölzernen Löwen und Tiger und peitscht den alten, lahmen Schimmel: „Rache, Rache!“

„Haß, Haß!“ kräht der Leiterkasten. „Wiedervergeltung!“

Alles Gift in junge Seelen. Wie vor einem halben Jahrhundert die andern. Und nach weiteren fünfzig Jahren? Und dann wieder: nach hundert, hundertfünfzig, zweihundert — und so fort . . . ?

Immer im Karussell, nicht wahr? Immer lustig weiter im alten, ausgegetretenen Gleise.

„Haß, Haß!“ Zum Teufel mit eurem Haß! Auf den Schindanger mit dem lahmen, bössigen Schimmel! Ins alte Eisen mit der zahnlosen Orgel!

Und endlich einen ehrlichen Weg ins Freie, und ein frohes Lied vom Vorwärtswandern!

## Knochenerweichung infolge Unterernährung.

Unsere Jugend schwer bedroht.

In der April- und Mai-Sitzung der Göttinger medizinischen Gesellschaft berichtet Prof. Fromme über das gehäufte Auftreten schwerer Knochenerweichung bei Jünglingen zwischen 14 und 18 Jahren. Die darauffolgende mit Hilfe der Röntgenstrahlen und Umgebung angefertigten Nachforschungen haben ergeben, daß die Krankheit in großer Ausdehnung in Göttingen und verschiedenen Städten, wie z. B. Androsberg und Ellfeld, und zwar erst in den letzten 2/3 Monaten ausgebrochen ist. Es handelt sich um eine sogenannte Spät-Rachitis (englische Krankheit), in einer gegen früher ungewöhnlichen Schwere. Die davon Befallenen werden nicht nur arbeitsunfähig, sondern durch Verdünnungen und bei gewöhnlichen Bewegungen auftretende Einbrüche der Knochen auf die Dauer in Wachstums und Sexualität schwer geschädigt. Neben dieser typischen Erkrankung der Jugendlichen sind seltenerer Formen von Knochenerweichung (Osteomalacie) bei jungen Frauen und Greisen mit ihren schrecklichen Folgen, Erweichung des Cedens, beobachtet worden.

Es handelt sich um die Bevölkerung gesund gelegener kleiner und kleiner Städte. Hauptächlich sind es jugendliche Arbeiter, die meistens aus ländlichen Familien kommen. Aus ländlichen Betrieben kommen nur wenige und diese aus Zwergwirtschaften. 1/2 Jährer Wähe täglich hat in den vorerzählten Fällen, wo keine Anwendung möglich war, die besten Resultate gegeben. Einen Begriff von der Ausdehnung des Leidens mögen folgende Zahlen geben: Von den 1200 Mitgliedern der Leibzantelasse, die sich natürlich aus allen

Alterstufen, d. h. auch aus den weniger Disponierten, zusammensetzen, sind 6 Prozent und darüber in den letzten sechs Wochen durch diese Krankheit arbeitsunfähig geworden. Genauere Einzelheiten werden veröffentlicht werden.

## Streik in der Volksbühne.

Die Leitung der Volksbühne teilt uns mit: Die Freitag-Vorstellung der Volksbühne, Theater am Wilhelmsplatz, mußte ausfallen, da die Bühnenarbeiter in einen Streik traten. Den Grund zu diesem Verhalten sehen sie in der Ablehnung von Forderungen, die in solcher Höhe und in so scharfer Form bisher an keinem anderen Berliner Theater erhoben worden sind. Es wurde den Arbeitern erklärt, daß die Volksbühne, die ja kein privatkapitalistisches Unternehmen ist, mit einem aus dem Kapitalgehalt und volle Bezahlung der beschäftigten Personen zweifeln können, und daß die geforderte Extrabewilligung eines Monatsgehalts und volle Bezahlung der beschäftigten Personen zwei Sommermonate eine Mehrausgabe von mehr als 80 000 Mark erfordert, für die in diesem Jahresetat keine Deckung zu schaffen ist. Trotzdem war es nicht möglich, die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Es steht jedoch zu erwarten, daß die Vorstellung am heutigen Sonnabend wieder stattfinden kann.

## Notizen.

— Hilde Cofe, ein zu schönen Hoffnungen berechtigendes und im Vortragsaal bewährtes Mitglied des Berliner Schauspielhauses, ist plötzlich gestorben. Sie kamme aus Wien.

— Kunstgenie. Eine graphische Ausstellung der Vereinigung bildender Künstler z. B. in der Galerie Hugo Selbing, Rigastraße 12, wird eröffnet.

— Eine vollständige Uebersetzung der Friedensforderungen der Entente gibt die Deutsche Liga für Völkerverständnis in der Verlage von Hans Robert Engelmann, Berlin, heraus. Gleichzeitig wird auch der amtliche englische und französische Wortlaut veröffentlicht.

— Wiener Vorbild. In den für den allgemeinen Besuch zugänglichen Wiener kaiserlichen Gärten wurde die gänzlich Freigebung des Verkehrs mit Autos und Rollwagen sowie die Aufhebung des Verbots des Photographierens, Zeichnens und Zeichnens verfügt.

Soweit solche Beschränkungen, bei uns noch bestehen, sollten sie gleichfalls aufgehoben werden.

— Sulfidspitrit. Die Gewinnung von Alkohol aus Kartoffeln usw. verdrängt sich infolge der Lebensmittelknappheit. Man ist daher in Deutschland zur Herstellung des künstlichen Spiritus übergegangen, die früher mit Rüchitz auf die landwirtschaftlichen Produzenten unumgänglich war. Aus einem Nebenprodukt der Papierfabrikation, der Zellstofflauge, die man früher ungenutzt in die Flüsse laufen ließ, wird der chemische Spirit gewonnen. Es findet in Deutschland, wie die „Anschauung“ mitteilt, bis 14 Fabriken dafür in Gründung begriffen, die 11 Millionen Liter Spiritus jährlich herstellen werden und damit eine Million Doppelcentner Kartoffeln ersparen können. Diese Produktion kann noch erheblich gesteigert werden.

# Groß-Berlin

## Auch eine handrechtliche Erschießung.

Das Depot X der R. S. W. schreibt uns: Am 10. März wurde in der Wohnung des Rehe nach Waffen gesucht. Rehe war nicht aus der R. S. W. ausgeschieden, sondern noch ihr Mitglied. Er kam von Wache, und da die Regierungskommissionen inwischen die Waffen besetzt hatten und jedermann den Zutritt verweigerten, bekam Rehe die Order, sein Gewehr am nächstfolgenden Tage abzugeben. Aus Furcht vor den Regierungskommissionen hat Rehe das Gewehr ins Bett gesteckt. Es wurde gefunden. Vater und Sohn abgeführt, der Vater wurde bald entlassen, der junge R. in Haft gehalten. Der Vater mußte mit ansehen, wie der Sohn von den Regierungskommissionen aufs roheste mißhandelt wurde. R. wurde zum Polizeirevier 8, Elberstraße, gebracht und am andern Tage wieder abgeholt. Alle Ermittlungen über den Verbleib des R. waren erfolglos. Am 15. März erhielten die Eltern einen in Berlin N. 113 gestempelten Brief, der folgenden Wortlaut hatte: „Liebe Eltern, ich muß Euch mitteilen, daß ich heute erschossen wurde. Am 9 Uhr ist meine Stunde abgelaufen.“ Sofort unternommene Schritte, um die Erschießung aufzuhalten, blieben erfolglos. Dem Rittmeister Reuthe wurde der Brief übergeben, desgleichen der Waffenfabrik Rehe, welcher ausweisen konnte, daß er rechtmäßig im Besitz der Waffe war. Von der Kriminalabteilung der R. S. W. Reuthe, wurde an verschiedene Freikorps geschrieben, an die Polizei-Reservisten Berlin und Neuföhn, um etwas über den Verbleib Rehes zu erfahren, nirgends aber konnte uns Auskunft über denselben gegeben werden. Wir hatten ermittelt, daß Rehe von Truppen des Detachements Große festgenommen sei. Eine Anfrage hatte das Ergebnis, daß das Detachement Große in Sachen Rehe nichts wisse und keine Angaben machen könnte. Da gelang es, den Rittmeister v. Reuthe aufzufinden zu machen und von ihm den Brief Rehes, sowie den Waffenschein zurückzuerhalten. Dieser Brief trug den Stempel des Detachements Große, denselben Stempel, der auch auf der Antwort zu sehen war, daß man nichts von R. wisse. Die Leiche blieb jedoch verschwunden. Am 21. 4. landete man aus der Spree eine Leiche, die ungewissheit erweckte, daß man es mit dem ermordeten R. zu tun habe. Wir fragten nach einem Protokoll über den Fund der Leiche, nach einem Protokoll über ärztliche Obduktion der Leiche, sowie nach einer evtl. Freigabe der Leiche durch die Staatsanwaltschaft zur Beerdigung. — nichts war von alledem vorhanden. R. ist gleich darauf in Buch beerdigt worden, ohne daß ihn jemand nach zu Gesicht bekommen hat. Die Photographie der Leiche Nr. 79, welche ungewissheit Nr. 11, läßt Schuherverletzungen und Bajonettschläge erkennen. Auf Grund dieser Tatsachen wurde der stellvertretende Depotführer Thiemann von den Kameraden des gesamten Depots X beauftragt, Strafangelegenheiten wegen Mordes, begangen an einem Mitglied der R. S. W., gegen das Detachement Große zu stellen. R. war mindestens 5 Tage Häftling des Detachements Große und konnte nur durch richterlichen Spruch abgeurteilt werden. Wir werden alles aufbieten, um die feigen Räder ihrem Richter zuzuführen. Wenn die Täter nicht zu ermitteln sind, müssen eben die Offiziere, die sich als geborene und berufene Führer der Soldaten fühlten, für eine detaillierte Bardschulung zur Rechenschaft gezogen werden, da der Führer nach unserem Gesetzbuch die Verantwortung über die Handlungen seiner Leute übernehmen muß.

## Stapelung der Preise für Auslandslebensmittel.

Von zünftiger Seite wird den „B. V. R.“ mitgeteilt: Es wird den Gemeinden empfohlen, da, wo die Einkommensgliederung es gestattet, die Preise der Auslandslebensmittel nach Einkommensklassen zu stellen. Dabei muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß ein Zuschlag seitens des Reiches zu der Verbilligung der Auslandslebensmittel nicht gegeben werden kann, und daß die Gemeinden ihre Preispolitik so einrichten müssen, daß die Verbilligung nur soweit geht, wie sie durch den höheren Preis für die besterhaltenen Erwerbsbedingten gedeckt werden kann. Auch für diese dürfen die Preise nicht so hoch werden, daß anderweitige Beschaffungsmöglichkeiten schließlich billiger wären und die mit höheren Preisen belegten Auslandslebensmittel möglicherweise nicht abgenommen werden würden. Zur Festlegung der Preisabstufung empfiehlt es sich, Kommissionen einzusetzen, die zur

Hälfte aus Arbeiter- und Angestelltenvertretern bestehen und auch bei der Überwachung der Durchführung der Maßnahmen mitwirken.

## Die Milchversorgung vor dem Zusammenbruch.

Einer dringlichen Eingabe der Bezirksstelle Groß-Berlin an den Reichsernährungsminister entnehmen wir: Die Tageszufuhr nach Groß-Berlin beträgt zurzeit etwa 180 000 Liter. Im Vorjahr wurden zu derselben Zeit 310 000 Liter täglich geliefert. Somit fehlen 130 000 Liter. Erfassungsgemäß wird bereits im Juli der Abstieg wieder beginnen. Wenn die Entwicklung des Vorjahres zugrundegelegt wird, haben wir Mitte August einen Eingang von 140 000 und im Oktober von 120 000 Litern. Ungünstige Einflüsse können diese Entloftung noch verschärfen. Überdies gehen zurzeit bereits beinahe 20 000 Liter täglich in die faulen Zustände ein. Somit beträgt der Eingang nur 160 000 Liter dem ein Bedarf der Bezugsberechtigten von rund 300 000 Litern gegenübersteht. 270 000 Liter müssen aus der Einfuhr gedeckt werden.

Ein Eingang von 120 000 Litern würde abgänglich der Verluste und der sonstigen Milch nur noch die Versorgung der Kinder bis zum dritten Lebensjahre einschließlich gestatten. An ältere Kinder und Kranke könnte dann Milch überhaupt nicht mehr ausbezogen werden. Dies würde den Untergang vieler Menschen bedeuten.

Die Wege für den Wiederaufbau der Milchversorgung haben wir gewiesen. Wir haben auch für die praktische Arbeit in den Kreisen eingehende Vorschläge gemacht. Wir sehen keine praktische durchgreifende Tätigkeit, obwohl der Zusammenbruch vor der Tür steht.

Anordnungen nachgeordneter Stellen werden zugelassen, die unsere Milchzufuhr noch weiter aufs schwerste bedrohen. Preis-erhöhungen für Milch und Butter in der Provinz nehmen in neuerer Zeit keine Rücksicht mehr auf die Milchzufuhr nach Groß-Berlin. Wo wir im Einzelfall die Lebensnotwendigkeit der Milchlieferungen an uns beantragen haben, um Abhilfe zu schaffen, wurden diese Anträge häufig nicht bewilligt, zahlreiche Anträge schweben seit vielen Monaten. Wir haben geglaubt, wie die Milchzubereitung für Groß-Berlin zu gestalten ist, die Durchführung selbst ist Aufgabe der zentralen sanitären Stellen und der ländlichen Kommunalverbände. Im Interesse des empfindlichsten Teiles unserer Bevölkerung geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß unsere Mahnungen in dieser zwölfsten Stunde nicht wieder ungehört verhallen mögen.

## Die Spandauer Werke.

Im Sportplatz in der Potsdamer Straße versammelten sich Freitag nachmittag viele Tausende Arbeiter und Angestellte, um abermals zu der Schlichtung der Beschäftigten Stellung zu nehmen. Eichter berichtete über die mit dem Zentralrat geplanten Verhandlungen. Das Ergebnis dieser Besprechungen entspreche der in einer früheren Versammlung von einem Regierungsdirektor gegebenen Zusage durchaus nicht und sei durchaus unersuehlich. Daß die Schlichtung der Spandauer Betriebe ausschließlich aus politischen Gesichtspunkten erfolgt sei, gehe namentlich aus den Ausführungen Stahls hervor. Stahl habe erklärt, daß in den Spandauer Betrieben Politik gegen die Regierung getrieben worden sei und daß man dort auf Befehl der Arbeiterräte den Spartakisten Waffen geliefert habe. Die in den Betrieben geübte politische Agitation dürfe sich aber keine Regierung gefallen lassen. Eichter beklagte die von Stahl erhobenen Vorwürfe. Krug führte aus, die Regierung sei zu der Schlichtung gezwungen gewesen, weil sie nicht verstanden habe, die Betriebe zu sozialisieren. Selbst mit den allergeringsten Roste-Garden werde die Regierung nicht imstande sein, auch nur eine Verzinsung der Betriebe zu erzielen. Der Kommunist Herzlich als Vorsitzender des Reichs-Erwerbslosenrates sagte, daß die Regierung zu der Schlichtung der Verhältnisse gezwungen sei, weil sie unter allen Umständen vermeiden wolle, daß die Spandauer Arbeiter eine gefestigt würden. Die Regierung habe für viele hundert Millionen Aufträge an die Privatindustrie gegeben (?) und diese Aufträge den Spandauer Staatswerkstätten vorenthalten (?), weil andernfalls die Arbeiterräte in den Betrieben ihr Mitbestimmungsrecht ausgeübt hätten und damit das ganze Rüstsystem in der übrigen Industrie festen Fuß gefaßt hätte. Die Regierung wolle vom Anfang an keine Sozialisierung des Spandauer Betriebes, jetzt, wo sie über eine Million (?) Roste-Garden verfüge, trete sie mit ihrer Absicht ganz offen hervor. Dabei gebe die Regierung für diese Roste-Garden wöchentlich 240 Millionen Mark aus. In sechs Wochen würden alle Betriebe wieder in Gang sein, aber nur mit Arbeitern, die der Regierung genehm seien. Der

arbeitslos werdenden gab er den Rat, vom 1. Juni ab ihre Stellen schuldig zu bleiben. Wir erwarten die Antwort der Regierung auf diese Beschuldigungen.

Daß in Arbeiterkreisen auch andere Meinungen bestehen, als sie oben geäußert werden, zeigt folgende Auskunft eines Schlossers. Es dient nicht zur Befriedigung der Volkswirtschaft, wenn einfach nach Schema F alle am 1. August 1914 Beschäftigten zur Wiedereinstellung in Frage kommen und ferner allen in Spandau wohnenden Arbeitern die Wiedereinstellung in Aussicht gestellt wird. Unter den in Spandau wohnenden Arbeitern läuft das Wort über die Tätigkeit in den Staatsbetrieben um: „Mit dem Kinderwagen hineingebracht, mit dem Reihewagen hinausgebracht!“ Vieles sind Vater und Sohn, manchmal auch noch der Enkel in den Spandauer Werken beschäftigt. Dadurch ist es vor- gekommen, daß kräftige gebiende Leute von 20 bis 30 Jahren als unabhänglich rekrutiert blieben, während Berliner in den vierzig Jahren eingezogen wurden. Wenn nun diesen 20- bis 30-jährigen die Weiterbeschäftigung ohne weiteres in Aussicht gestellt wird, so ist dies eine grobe Bevorzugung gegenüber den alten Berliner Arbeitern, die nach dem 1. August 1914 dort angekommen haben, dort 5 Jahre älter geworden sind und auf eine Einstellung in anderen Betrieben kaum rechnen können.

Der Befriedigung der Volkswirtschaft dient man besser, wenn die jungen Leute, die vor dem 1. August 1914 in den Spandauer Werken beschäftigt waren, aus Land oder in die Bergwerke gehen, dagegen dann die alten Arbeiter, die nach dem 1. August 1914 in Spandau angekommen haben, getrost dort läßt, da sie beim besten Willen nicht imstande sind, auf andere Art zur Befriedigung der Volkswirtschaft beizutragen.

## Teilnahme der Berliner Arbeiter an der Demonstration der Oesterreicher.

### Arbeiter und Parteigenossen!

Demonstriert für den Anschluß Ostösterreichs an Deutschland am Sonntag, den 18. d. M., vormittags 11 Uhr, auf dem Wilhelmplatz. Es sprechen dort folgende Redner:

Prof. Hartmann, Oesterreich. Gesandter, Ministerpräsident Schridemann, Schriftsteller Stefan Groszmann, Prof. Brandel, Dr. Hillmann, Hermann Thiemig und Mitglied der Nationalversammlung Richard Fisch et.

Treffpunkt um 10<sup>1/2</sup> Uhr auf dem Potsdamer Platz, von dort unter Vorantritt einer Musikkapelle bewegt sich der Zug nach dem Wilhelmplatz.

Erscheint in Waffen, erhebt vereint mit unseren österreichischen Brüdern eure Stimme für das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Groß-Berlin.

## Weitere Rundgebungen.

Samstag vormittags 11 Uhr: Graduale des Westend. Kongresshaus Kaiserhofen, Palast-Theater am Zoo, Sophienstraße, Germania-Graduale, sowie auf dem Ring am Reichstanz. Es sprechen: Eduard Bernheim, Georg Davidsohn, Oberbürgermeister Dominicus, Dr. Heilbrunn, Dr. Wagnus Friedrich, Dr. Michaelis, Marie Juchacz, Dr. Maximilian Pfeffer, Abg. Rudolf Hoff, Prof. Dr. Rade, Präsident Mikelt, Generalsekretär Müller, Wallauer, Ritschard-Stahn, Welle Scheiber u. a. Im Anschluß an die Versammlung große Demonstrationssäule, die sich auf dem Wilhelmplatz zu einer gemeinsamen Rundgebung treffen, wo nochmals Entschlossenheit der Regierung gehalten werden.

Protest der Frauen. Heute Sonnabend 4 Uhr im Palast-Theater am Zoo. 150 Frauenvereine Groß-Berlins haben zu dieser Rundgebung ihre Zustimmung erklärt. Freier Eintritt.

Rundgebung von Handel und Gewerbe: Sonntag 11 Uhr, Rammersäule, Zehlener Straße.

Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen! Erscheint zum Massenprotest gegen den Gewalttrieben Sonntag vormittags 10 Uhr im „Schwergarten“ am Frelidischplatz.

Reichsbund der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Oeldegruppe Groß-Berlin.

## Die Verbreitung des Wortes.

Von Ludwig Barta.

Aus dem Ungarischen von Stefan J. Meis.

Ich und zu stürzten die Gläser gegeneinander, und der Wein rann gierig die trockenen Kehlen hinab. Gemächlich, langsam breitete sich der Rauch über die Gehirne und mit ihm zugleich kam auf seinen Schwingen auch die alte Welt zurückgeflogen: die einstigen schönen Vermögen blähten um den Tisch herum auf, vergebener Bauernstolz steifte die ausgeglichenen Kreuze, neidischer Hohn drängte sich in die Winkel der Augen, die verfallenen Grundstücke mahnen sich selbst in ihrem Nichtsein aneinander, wie einst, da ehrerbietiger grüßen mußte, wer weniger Morgen besaß.

„Nun ja“ — hub mit leichtsinnigem, zänkischem, neidischem Rauch am Ende des Tisches der eine zerlumpte Mann an — „wohin hast du dein Wein getan?“

Törch! fuhr bebend zusammen, seine Augen wurden düster, doch koste er sich rasch.

„Das geschah so, daß es dort eine sehr schöne Gnädige gab; eine feine blonde Dame... wie eine Rose... der hab ich sehr gefallen... ich trug eine weiße Schürze, war gekämmt, rosiert, den Schnurrbart aufgedreht, stand immer wie ein Offizier in meinem Felt... bei dieser Gnädigen war ich oft, denn ihr Mann war viel fort, fuhr von einem Badeort in den anderen... einmal sprang ich dann aus dem hohen Fenster in den Garten, bin damals ums Wein gelommen.“

„Müddiger Bettler! Wenn willst du Varen aufbinden?“ — rief der andere. — „Die Polizisten haben dir das Wein weggeschossen, wie du beim Gas gestreift hast! Dort warst auch du, du lumpiger, hungriger, räudiger Hund, aber nicht bei der Gnädigen...“

Törch's Hand zuckte in die Höhe, ein Glas flog gegen den Kopf des Böhmenden: ein Schrei, das Glas zerbrach, über das Gesicht des Betroffenen rieselte in einem roten Wächlein das Blut. Er schwang einen Stiel in die Luft, doch schlug man ihm diesen aus der Hand; er kehrte um, wischte sich das blutige Gesicht in den schmutzigen Ärmel, taumelte die Treppe hinunter.

Da zog auf der Landstraße, vor dem Wirtshaus, ein Begräbnis vorbei. Es läuteten die große und die kleine Glode. Die große logte mit ihren breiten, warmen Tönen;

blähen, blähen!... das Säuglingslein mit seiner dünnen, süßigen Stimme: fortgehen, sterben! fortgehen sterben... Rajos Vojso wurde bestattet. Zwei schwarze Pferde zogen den Trauervoggen, hatten schwarze Federbüsche auf dem Kopf; der Trauervoggen folgte der Sohn, der nun die Felder erbt, neben ihm seine Frau, dann der Prediger, die Schüler der reformierten Schule, langen traurige Palmen, unter Führung des Lehrers, dann das Volk, als beaurbe sie jeder selbst, schwarz, traditionell den Kopf hängen lassend. Vojsofs waren im Jahre achtundvierzig noch Knechte gewesen. Väter, Söhne sanken ins Grab, einer nach dem anderen, sich in Habgier, Elend, körpernördernde Arbeit verzehrend. Viele bereits bei Lebzeiten verrotene Leichen sanken so ins Grab, doch jede war ein Stück Feld geworden... Die schwarzen den Jecher standen auf; schauten dem Zug nach; das Vergehen umgitterte ihre blassen Schläfen und alle dachten sie, dervell sie in dieser Minute wie ein welkes Esenblatt bebten:

„Was für ein schönes Begräbnis!“

Auch Törch stand, in seinem Herzen flammte noch die Unbändigkeit von vorher:

„So krepieret Ihr alle! So vergeht Ihr, ohne etwas gesehen zu haben. Hier ruht Euch eure Mutter auf die Welt, dann verkauft Ihr hier. Von hier bis zum Friedhof; hundert Schritte, das ist Euer Leben! Und wie groß ist doch die Welt! Was alles es doch auf dieser Welt gibt! Doch erfahrt Ihr von alledem nichts, denn Ihr werdet aufgefressen, der eine vom Großhändler, der andere von der Arbeit. Bettler, Diener, Gaukler seid Ihr alle, nur ich allein bin ein freier Mann... frei wie ein Vogel... gehe lieber hundertmal dort unter, als daß ich hier umstehe... Weshalb soll ich's leugnen? Sowohl, das Wein wurde mir beim Streif fortgeschossen; und nichts läge mir daran, wenn man mir auch das poekte fortziehen würde... denn Ihr lebt bloß wie es die von den Herren gemachten Gesetze zulassen, wir aber wissen, was wir wollen, wollen allein die Gesetze machen, wollen die Freiheit!... Ihr darbt hier im Kerker... Wer magt hier zu rufen: Es lebe die Weltrevolution!... Oheh! Wagt Ihr denn, was dies bedeutet?... Lebt hier wie ein Fuhr im Käfig, wie ein Kalb im Stall... Ich lebe wie eine Wolke... heute hier, morgen dort, denn dies ist die Freiheit... Wann endlich werdet Ihr frei werden? Nicht und müßt, bleibst du an der Gemarlung stehen; wagt nicht weiterzugehen. Wann werdet Ihr endlich aufbrechen? Weshalb zieht Ihr nicht gegen den Weizen der Welt aus? Los mit der Sense, los mit der Sense! Gegen die ganze

Welt los! Ihr Hungerleider, Ihr Bettelpad... Mit der Sense gegen den Weizen der ganzen Welt!“

Die schwarzen Pferde zogen den Leichentwagen; unten lag das Dorf, am Fuße des Berges der Friedhof. Aus dem Popel der Pferde flatterten belästigend die Federbüsche, der Braugerschrift in seinem großen Talar steif dahin, die Schulkinder feierlich, kleinen Kluppen ähnlich, die Männer, Weiber ließen wie leblos die Köpfe hängen, bewegten sich vorwärts, als trügen sie gewakige Geheimnisse in sich...

Es abendete bereits, auf dem Himmel zogen bläuhelnde Wolken dahin, kummerichweres Licht strömte auf die weit- ausgebreiteten Acker nieder, die untergehende Sonne schaute, wie auf ein Feld gewaltiger Schlachten, auf die der Dämmerung entgegenziehende Landschaft zurück... Aus der Ferne, vom Fuße des Berges her, auf dem von hohem, mattem Gras überwucherten Pfade, kamen Näher; dannlange, gelbe- schichtige, wefkängige, ausgehungerte Tagelöhner... das kummerichweres Licht fiel ihnen aufs Gesicht und verdeckte mit heldenhafter Blässe ihr Elend... die Sensen lagen auf ihren Schultern, und sie gingen, gingen unermüddlich... Duhten nicht um die Geldenbästigkeit, die ihnen die verblassende Sonne aufs Gesicht wirft; gingen dahin, gingen unermüddlich und rauchten aus billigen Pfeifen schlichten Tabak... Gingen dahin, gingen unermüddlich... Gingen, als wären sie ausgezogen, um nimmer stehen zu bleiben, bevor sie allen Weizen der Welt abgemäht: — für sich selbst...

## Mikrokosmos.

Stets wandern auf der Landstraße nach Arbeit suchende, verformene oder verfolgte Leute. Sie wandern dort unter dem mächtigen Himmel dahin, auf den endlosen weichen Straßen und neben den Straßen auf den schmalen, beschlingenen Fußpfaden und tragen in ihrem zerzausten, stäubigen, ungewaschenen Kopf ein Bild der großen Welt... Komitate, Länder durchqueren sie und vom Haud der Zeiten klebt, wie die Kette, an ihrem zerklüfteten Rad, ihrem schmutzgebizgen Körper, ihrem ringenden Gehirn stets etwas haften; sie gehen dahin, Elend und Brennwein loben in ihnen; aus dem Wirmarr, der ihr benanntes Gehirn bedrängt, lassen sie verworrene Worte fallen, im Staub, auf Wirtshausbänken, auf dem Stroh der Wogenremien, in den Krippen der Ställe lassen sie ihre zerrissenen Wörter und die Spur ihres zerrütteten Körpers zurück, und plötzlich kommt dann das mächtige Jahrhundert und tritt mit seinem riesen- hohen Fuß auch in die Bettlerpuren... denn die Zeit benützt alles, um sich zu erfüllen... (Fortf. folgt.)







## Tschitscherin an die deutsche Arbeiterschaft.

Berlin, 16. Mai. Der Volkskommissar des Auswärtigen Tschitscherin sendet folgenden Punktprogramm an das deutsche arbeitende Volk:

In dieser schweren Stunde, da die deutschen arbeitenden Massen eine furchtbare Prüfung unter den Schlägen des siegreichen Imperialismus durchleben, senden ihnen die revolutionären Arbeiter und Bauern Rußlands ihren brüderlichen Gruß und den Ausdruck ihrer Teilnahme, Sympathie und Arbeiter-solidarität. Der Imperialismus der Entente-Länder hat seinen Gegner zu Boden geworfen, und jetzt feiert er sein Siegesfest, welches jedoch, wie bezweifeln es nicht, von kurzer Dauer sein wird. Unerhörte Verwüstung, unerhörte Knechtung, das bedeutet für das deutsche werktätige Volk der sogenannten Friedensvertrag, der ihm von dem entmenschten Sieger schamlos aufgezwungen wird. Keine Gewalt, Verbrechen durch und durch, das ist der sogenannte Vertrag, den zu unterzeichnen man das entmenschte deutsche Volk nötigt. Gebiete mit unzweifelhaft deutscher Bevölkerung werden ihm entzogen. Seine kostbaren Naturschätze werden ihm abgenommen, es wird gezwungen, eine so unerhörte Kontribution zu zahlen, daß selbst wenn das deutsche Volk Tag und Nacht ausschließlich für die Verteidigung seiner Sieger arbeitete, es dennoch nicht imstande sein würde, mit dieser Last fertig zu werden. Es wird so gründlich entworfen, daß in jedem Augenblick der Sieger ins Innerste seines Landes eindringen können, um ihm die letzten Stöße zu versetzen.

Tschitscherin berichtet dann, daß die werktätigen Massen Rußlands die schweren Leiden der Arbeiter und Bauern Deutschlands brüderlich mitempfinden werden; er weist ferner darauf hin, daß schon die grenzenlose Schamlosigkeit und Bestialität der jede Vernunft vergessenden Sieger allein ein Beweis dafür ist, daß deren Welt der Gewalttätigkeit am Vorabend des endgültigen Untergangs steht.

Zum Schluß hebt Tschitscherin hervor, daß in der unaufhaltsam wachsenden revolutionären Solidarität der Arbeiter aller Länder und in der internationalen revolutionären Einigung das Pfand zur baldigen Befreiung Deutschlands liegt.

## Der badische Landtag gegen den Gewaltfrieden.

Karlsruhe, 16. Mai. Der badische Landtag nahm heute in einer feierlichen Sitzung Stellung zu den Versailles-Friedensbedingungen. Staatssekretär Weich legte in eindrucksvoller, häufig von lebhaften Beifallsbekundungen unterbrochener Ausführungen die entschieden ablehnende Stellung der badischen Regierung dar und erklärte: Wir sind entschlossen, das Schlimmste zu tragen für die Zukunft unseres Volkes. Wir verzichten nicht auf unsere Rechte. Für diesen Vorschlag haben wir nur ein einziges Wort: Unannehmbar!

Dieses „Unannehmbar“ wurde von den Rednern aller Parteien in flammenden Protesten zum Ausdruck gebracht.

### Eine Kundgebung der Ausländer in Berlin.

Berlin, 16. Mai. Eine am Abend abgehaltene Versammlung der Ausländer in Berlin, zu der über hundert Vertreter verschiedener Nationen erschienen waren, hat folgende Entschlüsse angenommen: Die in Berlin anwesenden Ausländer, die im Schoße der „Internationalen Union“ am heutigen Tage versammelt sind, richten an das Gewissen der Völker einen klammervollen Protest gegen den schamvollen Frieden von Versailles, der ein Ende auf Nacht und Gerechtigkeit, auf Treue und Glauben ist. Unsere Volksgenossen in der Heimat mögen mit uns ihre Stimme erheben, auf daß ein neuer, gerechter Frieden zustande komme.

### Protest der Schweizer Deutschen.

Die in Bern versammelten Mitglieder des Verbandes der Deutschen in der Schweiz haben nach einem Telegramm, das sie an den Reichspräsidenten richteten, gegen die maßlosen Forderungen der Gegner protestiert.

Der deutsche Zweig des internationalen Frauenausschusses für dauernden Frieden teilt dem Reichspräsidenten mit, daß ein Beschluß einstimmig von dem Internationalen Frauenkongress in Zürich angenommen und sofort der Pariser Konferenz übermittelt worden ist, wonach der Kongress sein tiefes Bedauern darüber ausdrückt, daß die in Versailles vorgeschlagenen Friedensbedingungen so schwer die Grundzüge ver Gewaltigen, durch welche allein ein gerechter und dauernder Frieden gesichert werden kann. Die finanziellen und wirtschaftlichen Friedensbedingungen verdammen eine Generation von 100 Millionen Menschen im Herzen Europas zur Verzweiflung, Verelendung und Verelendung.

## Der Tod der Industrie von Eupen.

Die Industrie von Stadt und Kreis Eupen hat in ihrem Namen und im Namen ihrer Arbeiterschaft in einer Eingabe an den Reichspräsidenten Einspruch gegen die im Friedensvertrage vorgesehene Vergewaltigung Eupens erhoben, die durch Angliederung an Belgien geschehen würde. Die gesamte Industrie des Bezirkes Eupen, namentlich seine altberühmten Zuchfabriken, deren Hilfsindustrien, Spinnereien, Färbereien, Filzfabriken, die Hölz- und Maschinenfabriken, sowie die erst in neuerer Zeit entstandenen großen Kammgarn-, Wadell- und Lederwerke, in denen Kapital von vielen Millionen Mark angelegt ist und die 1914 eine Arbeiterschaft von etwa 6000 Köpfen beschäftigten, arbeiten ausschließlich für den deutschen Markt. Der gesamte Export beträgt kaum 6 Proz. des Umsatzes. Sollte Eupen von Belgien annektiert werden, so würde die Industrie mit einem Schlage ihr großes Abhängigkeit verlieren, denn an eine Weiterverfolgung des deutschen Marktes über die deutsche Zollgrenze ist nicht zu denken.

Die Industriellen Eupens, ihre Angestellten und Arbeiter erklären, kein neues Deutsches gegeben zu sein und dies auch trotz der bedrückenden schweren Zeiten im Verein mit den deutschen Brüdern bleiben zu wollen.

## Die Kriegsverluste.

Das traurige Ergebnis an Toten, Verwundeten und Gefangenen des Krieges liegt nunmehr bis zum 30. April vor. Es wurden gemeldet als 101 1676 898, als 200 117, von denen nur 300 000 als tot betrachtet werden müssen, 378 770, so daß ein Gesamtverlust an Toten von über 2 Millionen angenommen werden kann. Verwundet wurden gemeldet 4 207 928. In feindlicher Gefangenschaft sammelten sich 615 922. In dieser Zahl sind die Zivilgefangenen nicht einberechnet. — Der Gesamtverlust beträgt 6 878 418 Mann.

## Französischer Kredit an Oesterreich.

Paris, 16. Mai. Laut „Matin“ haben Pichon und Clementel gestern im Haushaltungsausschuß der Kammer nochmals die Regierungsvorlage wegen eines Kredites von 75 Millionen Franken an Oesterreich zur Sicherstellung seiner Versorgung vertreten, die kürzlich von dem Ausschuß als unangenehm abgelehnt worden war. Pichon begründete diesen Kredit vollständig, die Regierung wünsche Oesterreich so zu helfen, daß es nicht gezwungen sei, sich mit Deutschland zu verbinden. Pichons Erklärungen, die Clementel durch Ziffern belegte, überzeugten den Ausschuß auch diesmal nicht, der meinte, eine solche Finanzoperation dürfe den französischen Steuerzahler nicht belasten und der Ausschuß müsse erst genaue Angaben über das von Oesterreich zu stellende Pfand haben. Daraufhin ersuchten Pichon und Clementel, von einem Beschluß abzusehen; sie würden Anfang nächster Woche die Vorlage mit neuen Vorschlägen und in neuer Form noch einmal vorlegen.

## Das bayerische Rätegesetz.

### Politisches Mitbestimmungsrecht der Räte.

München, 16. Mai. Die „Abendzeitung“ meldet: Der Entwurf des bayerischen Rätegesetzes ist fertiggestellt. Er geht weit über die vom Reich vorgezeichneten Bestimmungen hinaus. Während das Reich den Räten nur wirtschaftliche Befugnisse zugestehen will, soll in Bayern auch das politische Mitbestimmungsrecht bis hinunter zu den Lokalbehörden gewährt werden.

## Sozialdemokratischer Landespartei-tag in Bamberg.

München, 16. Mai. (N.) Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Parteien in Bayern beruft für Sonntag, den 23. Mai, einen außerordentlichen Landespartei-tag nach Bamberg ein mit der Tagesordnung: Der Friedensvertrag und die Lage in Bayern.

## Die Blutschuld Egelhofers.

In der „Münchener Post“ lesen wir: Die Stadtkommandantur gibt bekannt: Ein Zettel nachstehenden Inhalts wurde im Wittelsbacher Palais unter den Papieren des Vollzugsausschusses gefunden:

### Resolution.

Die Mannschaften des 1. Infanterie-Regiments haben beschlossen, nachdem 8 Mann bei Dachau gefallen sind, sofort Geiseln zu erschießen; pro Mann 5 Geiseln, also 40 Geiseln. Diese Resolution muß sofort vollzogen werden.

Die Mannschaften des 1. Infanterie-Regiments der 1., 2. und 3. Abteilung.

An den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, Wittelsbacher Palais.  
An Engelhofer.  
Mitte die Sache in die Hand zu nehmen. Petermeier.  
Meine Zustimmung gebe ich.  
R. Egelhofer.

## Unbrauchbare Offiziere.

### Notwendige Säuberung.

Folgende Dokumente werden uns zugesandt:

Guben, den 26. April 1919.

Ich bescheinige hiermit, daß ich infolge meines Alters nicht mehr in der Lage bin, dem Dienstbetrieb beim Bezirkskommando vorzustehen und bitte ich um meine sofortige Verabschiedung ohne Pension und mir das Tragen des Degens sowie der Uniform des Landwehrbezirks Guben zum Geburtstag S. M. des Kaisers genehmigen zu wollen.

gez. von Rheinbaben, Oberleutnant z. D. und Bezirkskommandeur.

Eine nähere Erklärung dieses Briefes liefert folgendes Schriftstück:

Guben, den 30. April 1919.

Das Soldatenratsmitglied Sieple und Miellisch haben mit dem Oberleutnant von Rheinbaben heute am 30. April 1919 eine dienstliche Besprechung gehabt. In deren Verlauf wurde er darauf hingewiesen, daß morgen der 1. Mai ein Nationalfeiertag sei. „So, Nationalfeiertag? Schweinefeiertag ist morgen!“ sagte darauf Oberleutnant von Rheinbaben. Wir bitten, dieses zur Kenntnis zu nehmen und es der Vorlage vom 26. April 1919 beifügen zu wollen.

Zeugen: Sieple, Miellisch, Unteroffiziere beim Bezirkskommando, Guben.

Ein ähnliches Entlassungsgesuch hat auch der Adjutant v. Rheinbaben, Oberleutnant v. Münch, eingereicht. Man kann solchen Herren nur angenehmen Ruhestand wünschen. Wer heute Waffen trägt, Mann oder Offizier, kann es nur tun als Soldat der Republik. Wer diesen Dienst mit seinen Überzeugungen nicht in Einklang bringen kann, handelt richtig, wenn er geht.

## Wie wir betrogen wurden.

### Lägerische Beteuerungen der Gegner.

Ein alter Soldat sendet uns folgendes Flugblatt, das am 13. Oktober 1918 bei der Räumung der Siegfriedstellung von französischen Fliegern in die deutschen Schutzgräben geworfen wurde:

Es geht ums Ganze, plärren sie jetzt, die Herren im Hauptquartier. „Ihr kämpft um Eure Existenz, Ihr verteidigt Euer Vaterland“, schreien sie euch zu und wollen euch mit dieser neuen Lüge wieder in den Tod heben. — Jawohl, es geht ums Ganze, jawohl es geht um die Existenz, — aber nicht um die Existenz des deutschen Volkes, sondern um das Dasein der Hohenzollern und ihrer Sippe. Unter all den Widersprüchen, die der Wilhelm so gerne zitiert, hat er einen vorgelesen. Er heißt: „Der Mut vergiebt, das Blut soll wieder vergossen werden.“ Diejenigen, die das Massenmorden verschulden, werden der gerechten Strafe nicht entgehen, aber um den Bluthunden die Götzenfigur zu verlängern, soll jetzt das ganze deutsche Volk verzehret und verbluten. Denn sie opfern tausende und abertausende deutscher Proletarier, solange sie hoffen, ihr höchst eigenes kostbares Leben zu retten.

Dem deutschen Volke will niemand etwas zu Leide tun, das deutsche Volk will niemand vernichten, das hat Wilson mehr denn einmal versprochen. Wer jetzt noch weiterkämpft, der kämpft für den Hohenzollern, seine sechs gesunden Söhne, seiner Sippe, seines Junker und Generäle, für die Munitionsfabriken, die Kriegsschmarnroger, die ewige Familien ernährung. Wer für diese Blut-

sanger und Volkssoldaten sein Leben, seine gesunden Glieder nicht opfern will, der komme herüber zu uns. Freisch Gewag! In guter Behandlung, guter und reichlicher Nahrung steht es hier nicht. Wer euch das Gegenteil sagt, der lügt. Es geht ums Ganze, rettet euer Leben, bevor es zu spät ist.

Eure demokratischen Kameraden in französischer Gefangenschaft.

Für den Inhalt dieses Flugblattes trägt natürlich nicht die logenhafte Gesellschaft „demokratischer Kameraden in französischer Gefangenschaft“, sondern die Entente die Verantwortung. Und dieses Flugblatt ist ja nur ein Beispiel für hunderte. Immer wieder hat die Entente Propaganda in und hinter der deutschen Front verstreut, wenn das deutsche Volk seine Waffen niederlege, so werde ihm nichts Liebles widerfahren. Die hier angewandte Methode hat eine verzweifelte Ähnlichkeit mit der des neuen französischen Blaubart Landru, der seine Opfer, Frauen und Mädchen, mit Liebesbeteuerungen umgarnte, um sie nachher zu töten und zu berauben. Die Kriegführung der Entente hat in puncto Moral der deutschen verdammt wenig vorzumerken!

## Die Unabhängigen schuld an den Friedensbedingungen.

### Erklärung der Kommunisten.

Die Unabhängigen behaupten bekanntlich, die Mehrheitssozialisten hätten die Schuld an den schlechten Friedensbedingungen, denn wäre die deutsche Delegation anders zusammengesetzt gewesen, so wären auch die Bedingungen anders ausgefallen. Die Kommunisten sehen nun diese Reihe der sinnlosen Beschuldigungen weiter fort, indem sie in ihrem Janauer Organ, das auch „Freiheit“ heißt, erklären:

Wie die Sozialdemokraten diesen Frieden verdient haben, so haben ihn die Unabhängigen — wie müssen dies offen aussprechen — verschuldet. Diese Beschuldigung ist hart, aber durchaus begründet. Denn es war kein anderer, als der unabhängige Karl Lautsack, der in den Novembertagen seine ganze Wehrkraft aufwand, um Einkassierende zu überzeugen, ja nicht mit Rußland zu sympathisieren, sondern vielmehr mehr mit der Entente zu sympathisieren, um dadurch gute Friedensbedingungen zu erhandeln.

Es gibt nichts, was man nicht behaupten und was man nicht für Leute, die im Glauben willig sind, „beweisen“ kann. Darauf verläßt sich die kommunistische Janauer „Freiheit“ ebensogut wie die unabhängige Berliner.

## Der Papst an den Reichspräsidenten.

Erst jetzt ging dem Reichspräsidenten Ebert ein Schreiben des Papstes zu, das infolge der holländischen Unruhen bis jetzt in München beim Kurier liegen blieb. In dem Brief beklagt sich der Papst über die Präsidenten zu der von diesem übernommenen Würde und spricht die Hoffnung aus, daß die Beziehungen zwischen dem päpstlichen Stuhle und dem Deutschen Reich in Zukunft noch fester sein werden. Das Schreiben ist vom 2. April 1919 datiert.

Die Aufbauarbeit in Nordfrankreich. Wir berichteten gestern in einer kurzen Notiz von der Aktivität, die Herr Haberland in der Frage des nordfranzösischen Wiederaufbaus entwickelt. Um Mißverständnisse zu vermeiden möchten wir hinzufügen, daß der Plan, diesen Wiederaufbau direkt durch deutsche Arbeiter vornehmen zu lassen, zunächst ein von den Gegnern noch nicht angenommen deutscher Vorschlag ist und daß zweitens natürlich nichts dagegen einzuwenden ist, wenn bei seiner Förderung französischer Arbeiter wie Herr Haberland herangezogen werden. Hauptsache ist, daß der ursprüngliche Charakter dieses noch näher zu erörternden Vorschlags nicht verwischt wird, der darin besteht, daß die notwendigen Herstellungsarbeiten durch eine international-gewerkschaftliche Kooperation betrieben werden. Auf diese Weise könnte Deutschland den Franzosen praktische Leistungen bieten, statt der unerfüllbaren Forderungen, auf die es durch den „Friedensvertrag“ verpflichtet werden soll.

## Industrie und Handel.

### Die Handelskammer zu Berlin zu den Friedensbedingungen.

Die Friedensbedingungen, welche die Feinde Deutschlands auszuüben beabsichtigen, stellen eine bisher in der Geschichte der Menschheit unerhörte Vergewaltigung und Knechtung dar. Nicht nur zahllose einzelne Bestimmungen, sondern auch Ausgangspunkt, Richtung und Ziel des ganzen Entwurfes stehen in schneidendem Gegensatz zu den von allen feindlichen Regierungen und am bestimmtesten von dem Präsidenten Wilson seit Kriegsbeginn verkündeten Grundbegriffen.

Die Handelskammer zu Berlin erwartet mit Zuversicht, daß die Reichsregierung keinen Vertrag unterzeichnen werde, der, wie der vorgelegte Entwurf es will, die Souveränität Deutschlands zum leeren Schein mache und seine wirtschaftliche Zukunft vernichte. Insbesondere erhebt die Handelskammer den entschiedensten Widerspruch gegen die Uebernahme solcher wirtschaftlichen und finanziellen Verpflichtungen, die nach ihrem sachverständigen Urteile schließlich unerfüllbar sind.

Sind schon die uns binnen kurzer Frist zugemuteten Zahlungen unerträglich, so ist es völlig unzulässig, daß Deutschland noch darüber hinaus ungeheure Summen erlegen soll deren Höhe zu bestimmen ausschließlich den feindlichen Regierungen überlassen bleibt. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie, des Handels und der Landwirtschaft ist jetzt bereits auf ein Mindestmaß herabgedrückt; sollen nun wertvolle Förderstätten gewerblicher und landwirtschaftlicher Produkte verloren gehen, die Kolonien und entziehen, jede deutsche kaufmännische Tätigkeit im Ausland ausgeschlossen, die Handelsflotte geraubt werden, so ist keinerlei Möglichkeit vorhanden, in absehbarer Zeit, wenn überhaupt je wieder, zu geregeltem Verkehr und Geschäftsdreharbeiten zu gelangen. Die deutsche Wirtschaft wäre in sich völlig zerrütet, und von irgendeiner Zahlung an das Ausland könnte nicht mehr die Rede sein. Die in dem Berliner Entwurf vorgesehene Nachordnung der Kriegsanleihen hinter die ausländischen Verpflichtungen hätte zur unabweislichen Folge den Zusammenbruch nicht nur von zahllosen Einzelbetrieben, darunter von kleinen und kleinsten Sparern, sondern auch von Kreditinstituten, Sparkassen, Stiftungen und wohlthätigen Anstalten aller Art. Damit wäre der Untergang des gesamten deutschen Wirtschaftslebens besiegelt.

Die Handelskammer hält es für ein Gebot der Gerechtigkeit und für nicht mehr als die Erfüllung feierlich gegebener Verpflichtungen, daß die von Deutschland zu bringenden Opfer nicht über die von dem Präsidenten Wilson festgelegten Forderungen hinausgehen, zu deren Erfüllung Deutschland sich bereit erklärt hat. Das deutsche Volk würde dann zwar immer noch um seine Zukunft kämpfen und um seinen Lebensunterhalt sorgen, aber die Tragung seiner Schulden und auf Wiederverpflichtung seiner Wirtschaft wegen, wenn ihm der gleichfalls zugesicherte sofortige Eintritt in den Völkerbund gestattet würde.

